

KVVI 0236

Plenartagung des ZK. der KPÖ:

Eine Tagung des Plenums des ZK. der KPÖ am 25. und 26.1.1958 in Wien beschloss, den Monat März zum "Monat der Parteipresse" zu erklären, mit dem Ziel - wie alljährlich - der Gewinnung neuer Abonnenten für die "Volksstimme", ein im wesentlichen finanzielles Problem, das jedoch ideologisch ("Konsequente Vertretung der Interessen der österreichischen Arbeiterschaft", "Aufklärungs- und Agitationsarbeit für die KPÖ") verbrämt wird. Als Anreiz wurden den wieder aktivierten "Volksstimme-Werbern" Belohnungen in Aussicht gestellt. Die Werbungsaktion wurde als Wettkampf aufgezo- gen, dessen Gewinnern u.a. auch Fernseh-Apparate winkten. Dem Ansporn diente auch die laufende Veröffentlichung der Zahlen neu geworbener Leser.

Die finanzielle Situation der KPÖ kam offen zur Sprache, als ein Vorschlag zur Erhöhung der Parteimitgliedsbeiträge unterbreitet wurde. Es kam darüber zu einer ausführlichen Diskussion, mit dem Ergebnis, dass als Termin für diese Erhöhung nicht, wie vorgesehen, der 1. Mai, sondern der 1. September 1958 akzeptiert wurde.

Auch die Ergebnisse der im Herbst 1957 abgehaltenen Betriebsratswahlen in Österreich wurden analysiert. Im gesamten erblickt das ZK. der KPÖ in den bisherigen Betriebsratswahlresultaten trotz guter Erfolge in einigen Betrieben einen weiteren Rückschritt der KPÖ. Wie üblich und nicht anders zu erwarten, erkennen die führenden Funktionäre der KPÖ darin aber nicht etwa eine mangelnde Anziehungskraft der kommunistischen Idee, sondern machen dafür die geringe Intensität der Arbeit der verantwortlichen Betriebsfunktionäre verantwortlich. Um diese Arbeit zu verbessern, wurde die Einberufung von Funktionären bzw. Betriebsräten der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit zu einer zentralen einwöchigen Schulung beschlossen. (Näheres noch nicht bekannt).

Das ZK-Mitglied NR. H o n n e r hielt ein Referat über die gegenwärtigen Aufgaben der Kommunisten und bezeichnete als Ansatzpunkte für kommunistische Aktivität bzw. Pro-

paganda folgende Probleme: Tariferhöhungen, Krankenscheingebühr, Lohnfragen und Paritätische Kommission, Forderungen nach erhöhten Urlaubszuschüssen, Massnahmen auf sozialpolitischem Gebiet, Arbeitszeitverkürzung, Freihandelszone.

In Befolgung dieser Hinweise auf aktuelle Probleme wurde in den unteren Parteinstanzen mit dem entsprechenden propagandistischen Vollzug begonnen. Sie wurden in Parteiversammlungen erörtert, in der Parteipresse wurden Forderungen aufgestellt (beispielsweise gegen die Krankenscheingebühren) und in Gewerkschaftsversammlungen wurden sie an die nicht-kommunistische Arbeiterschaft herangetragen.

KPÖ-Parteikonferenz (19. - 20.2.1958):

"Der Weg Österreichs zum Sozialismus" - von einer Kommission des ZK. auf Grund des Beschlusses des XVII. Parteitages nach langen Geburtswehen ausgearbeitet und den einzelnen Landesleitungen zu Beginn des Jahres 1958 zur Diskussion übersandt - war Gegenstand einer am 19. und 20.2.1958 in den Wiener Sofiensälen abgehaltenen Parteikonferenz der KPÖ, an der 1024 stimmberechtigte Delegierte und 27 vom ZK. der KPÖ eingeladene Gäste teilnahmen. Der wesentliche Inhalt dieser Programatischen Leitsätze ist: Unter Beharren auf den Lehren des Marxismus-Leninismus arbeitet die KPÖ auf den Sturz des Kapitalismus und Errichtung des Sozialismus in Österreich hin. (Sozialismus ist gleich Volksdemokratisierung). Dieses Ziel glaubt die KPÖ auf friedlichem Wege, nämlich unter Erringung einer parlamentarischen Mehrheit erreichen zu können und strebt deshalb die Arbeitereinheit, nämlich das Bündnis mit den in der SPÖ organisierten Arbeitern an. Die KPÖ bezeichnet die Führung der SPÖ als reformistisch und somit als Feinde der Arbeiterklasse und möchte die sozialistische Arbeiterschaft deshalb von ihrer Führung trennen.

Die Eröffnungsansprache bei der Parteikonferenz hielt der Parteivorsitzende Koplénig, wobei er folgende bemerkenswerte Feststellung traf: "... Unsere Parteikonferenz tritt in einem Zeitpunkt zusammen, wo wir alle das Gefühl haben, dass sich in unserer Partei nach den grossen Schwierigkeiten der vergangenen Jahre wieder eine Wendung zum Besseren

vollzieht....."

Im Hauptreferat unterstrich der Sekretär des ZK. der KPÖ Fürnberg, dass die Programmatischen Leitsätze ein Gegenstück zum neuen Programmentwurf der SPÖ, die "den Marxismus über Bord geworfen hat und zu bürgerlichen Anschauungen zurückgekehrt ist", seien. Er erklärte auch ausdrücklich: "Die SPÖ will keine Klassenpartei der Arbeiterschaft mehr sein, wir Kommunisten wollen es, sind es und bleiben es."

Die zahlreichen von den Landesleitungen der KPÖ eingebrachten Abänderungs- bzw. Ergänzungsvorschläge betrafen überwiegend grammatikalische und stilistische Verbesserungen, zum Teil eine Entschärfung von Formulierungen, zum Teil eine präzisere Diktion. Im Wesentlichen änderten sie an den "Programmatischen Leitsätzen" nichts. Sie wurden von der Parteikonferenz in der vom ZK. vorgelegten Fassung beschlossen.

Erwähnenswert sind die aus vorliegenden Informationen bekanntgewordenen geteilten Ansichten innerhalb der KPÖ selbst über den Wert dieser Leitsätze. Die Parteikreise (auch innerhalb des ZK. der KPÖ, z.B. Friedrich Hexmann), die sich dagegen aussprachen, argumentierten damit, dass unter den gegebenen Umständen und insbesondere im Hinblick auf die Kleinheit der Partei jegliche Diskussion über die Zukunft theoretisch bleiben müsse. Die äusseren Umstände seien dauernden Änderungen unterworfen, eine Festlegung auf einen bestimmten "Weg Österreichs zum Sozialismus" sei deshalb müssig. Er sei jeweils von der gegebenen Situation abhängig.

Die massgeblichen Kreise, die sich für die Programmatischen Leitsätze aussprachen (Koplenig, Honner, Fürnberg) und sie auch durchsetzten, begründeten ihre Meinung damit, dass den Programmatischen Leitsätzen vor allem propagandistische Wirkung unter der sozialistischen Arbeiterschaft zukomme, ferner aber seien sie für den Fall, dass die Partei zur Macht komme, eine Richtschnur, die Fehler vermeiden lasse.

Abschliessend darf zu diesem Kapitel bemerkt werden, dass sich seit der Annahme der Propagandistischen Leitsätze durch die Parteikonferenz der Arbeitsstil der KPÖ

nicht geändert hat.

Parteischulung:

Die verschiedenen Parteischulungen wurden ebenfalls in den Dienst der im vorigen Kapitel angeführten Aktionen gestellt. Der monatliche Schulungsabend "Tag der Partei" im Februar hatte das Thema "Lohnfragen und Konjunktur" zum Gegenstand.

Der "Weg und Ziel" Zyklus, für einen kleineren, auf höherem Niveau stehenden Kreis bestimmt, dient zur Zeit der Auseinandersetzung mit dem neuen Programmentwurf der SPÖ. Das Thema im Februar war "Hat der Kapitalismus sich verändert?" (Referat des Wirtschaftstheoretikers des ZK. der KPÖ Dr. Theodor Prager).

Der 3. Vortrag über das Thema "Das Problem der Randschichten - im Lichte des Marxismus und im Programmentwurf der SPÖ" fand am 1.3. in Wien I., Altes Rathaus, statt. An der Veranstaltungen nahmen ca. 120 Personen, überwiegend kommunistische Funktionäre teil. Erwin S c h a r f erhob gegen die beiden Koalitionsparteien den Vorwurf, den Begriff der sogenannten Mittelklasse (auch Beamten- oder Angestellten- oder Managerklasse genannt) erfunden zu haben, um die Arbeiterklasse zu spalten. Tatsächlich gäbe es aber nur 2 Klassen, und zwar die Klasse der Kapitalisten und die Arbeiterklasse. Dies hätten auch bereits viele Kommunisten vergessen. Nach einem Hinweis, dass die Beamten, Angestellten und Manager eigentlich zur Arbeiterklasse gehören, heute aber als Randschichten bezeichnet werden müssen, kam Scharf zu dem Schluss, dass dennoch alle Voraussetzungen gegeben seien, um diese Randschichten wieder für die Arbeiterklasse zu gewinnen.

Der nächste Vortragsabend hat am 29.3.1958 stattgefunden. Generalsekretär Friedl F ü r n b e r g sprach anlässlich des 75. Todestages von Karl MARX über das Thema "2 Programme im Lichte des Marxismus".

Am 23.2. fand über Einladung der Kommission des ZK. der KPÖ für Geschichte der Arbeiterbewegung in Wien eine Tagung mit dem Thema "Der Marxismus in der Österr. Arbeiterbewegung" statt, an der auch Vertreter aus der CSR, Jugoslawien und Ungarn teilnahmen.

Besuch einer Delegation der SED:

In der Zeit vom 16. - 23.3. stattete eine Delegation der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands unter Führung des Mitgliedes des Politbüros Hermann M a t e r n der KPÖ einen Gegenbesuch ab.

Es wurden "Freundschaftskundgebungen" in Wien, Linz und ein öffentlicher Diskussionsabend in Zeltweg abgehalten. Ausserdem wurden eine Reihe von Betrieben in Niederösterreich, Oberösterreich und Steiermark besichtigt sowie Verbindung mit Funktionären der lokalen Organisationen aufgenommen.

Da es den Vertretern der SED behördlich untersagt worden ist, bei den öffentlichen Versammlungen politische Referate zu halten, wurden lediglich Anfragen, die sich zu meist mit den Verhältnissen in Ostdeutschland befassten, an die Delegationsmitglieder gerichtet und von diesen beantwortet.

Kommunistische Aktivität in den Erdölbetrieben:

Die Verbreitung kommunistischer Flugblätter gegen das "Wiener Memorandum" wurde bereits in früheren Referatsberichten erwähnt.

Die starke kommunistische Position in der ÖMV illustriert eine Übersicht über die Teilergebnisse 1957 der Betriebsratswahlen in den ÖMV-Betrieben, wonach 141 kommunistische Betriebsräte, 68 sozialistische, 33 christlich-gewerkschaftliche und 6 parteiungebundene Betriebsräte gegenüberstehen.

Einen neuen Höhepunkt in der Auseinandersetzung mit den Kommunisten im Erdölgebiet brachten die Betriebsratswahlen in Prottes, die für die Zeit vom 10. - 13.3.1958 anberaumt waren. Die Annullierung der Betriebsratswahlen vom April 1956 (diese erfolgte bekanntlich durch Beschluss des Einigungsamtes wegen Beeinflussung des Wahlergebnisses durch ein betrügerisches Manöver) und die am 7.3.1958 verfügte Entlassung der 3 als Initiatoren des Wahlschwindels bezeichneten kommunistischen Betriebsräte K a l s e r , S c h u h und D o v e r t i l , wurde von den Kommunisten in geschickter Weise propagandistisch dazu ausgenützt, um die Stimmung

unter der Arbeiterschaft zu schüren und so eine wilde Streikaktion vorzubereiten, mit der die Wiedereinstellung der 3 Betriebsräte erzwungen werden sollte. Um einen ungestörten Ablauf der Wahlen zu sichern, wurden die Gendarmerieposten im Erdölgebiet durch vorübergehend zugeteilte Gendarmerieorgane des Bundesministeriums für Inneres verstärkt. Ausserdem wurde eine Kontrolle der Zufahrtsstrassen nach Prottes angeordnet, um das Einsickern betriebsfremder Elemente in das Erdölgebiet zu verhindern.

Die Wahlen, die dann in vollkommener Ruhe verliefen, brachten folgendes Ergebnis:

| | | | |
|----------------|--------------|-----------|-------------------------|
| KPÖ | 824 Stimmen, | 9 Mandate | (911 Stimmen, 11 Mand.) |
| SPÖ | 376 " | 4 " | (312 " 3 ") |
| ÖAAB | 137 " | 1 " | (74 " 0 ") |

(In der Klammer die Vergleichszahlen der Betriebsratswahlen vom April 1956).

Auf Grund eines Beschlusses einer Konferenz der kommunistischen Betriebsräte, Parteifunktionäre und Aktivisten der Erdölindustrie am 15.3.1958 wurden bis Mittwoch den 19.3., in allen ÖMV-Betrieben Betriebsversammlungen durchgeführt. Dabei sollten auch Beschlüsse über die Wiedereinstellung der entlassenen Betriebsräte gefasst werden. Die von der kommunistischen Presse gross angekündigte Versammlungswelle brachte den Kommunisten aber eine eindeutige Abfuhr. Sämtliche Veranstaltungen waren sehr schwach besucht und es war auf Grund der geringen Beteiligung in keinem Betrieb möglich Beschlüsse zu fassen. Das Ergebnis der Betriebsvollversammlungen war dann Gegenstand einer am 20.3.1958 im Globus-Verlag abgehaltenen Betriebsrätekonferenz der Vertreter der Fraktion der Gewerkschaftlichen Einheit in der ÖMV. Heftige Meinungsverschiedenheiten zwischen den leitenden Funktionären führten dazu, dass auch bei dieser Konferenz keine Einigung erzielt werden konnte. Die Ausarbeitung von Beschlüssen zur Weiterführung des Kampfes wurde schliesslich einem Aktionskomitee (ident mit dem Zentralbetriebsrat der ÖMV) übertragen. Bisher ist es zu keinen weiteren Aktionen gekommen.

Das ZK. der KPÖ beabsichtigt jedoch, einer vertraulichen Mitteilung zufolge, sich von den 3 entlassenen Betriebsräten zu distanzieren, falls das Einigungsamt das Erkenntnis über die Annullierung der Betriebsratswahlen vom April 1956 bestätigen sollte.

12. Februar-Feiern der KPÖ:

Der 12. Februar wurde von der KPÖ zum Anlass von Veranstaltungen im Gedenken an die Ereignisse des Jahres 1934 genommen. In den meisten Parteiorganisationen wurde lediglich in irgendeiner Form dieses Anlasses gedacht. Grössere Veranstaltungen fanden u.a. in Wien (Gedenkkundgebung am 12.2. auf dem Zentralfriedhof unter Teilnahme einer ZK-Delegation; Gedenkmarsch in Wien-Ottakring und Kundgebung vor dem ehemaligen Ottakringer Arbeiterheim am 15.2. Redner: Erwin SCHARF) und in Graz (Kundgebung im KPÖ-Volkshaus am 11.2., Redner: Ernst FISCHER) statt.

Besonderer Kritik war von kommunistischer Seite in diesem Zusammenhang der Beschluss des ÖGB. unterzogen worden, des 12.2.1934 nicht mehr durch eine offizielle Arbeitsruhe in allen Betrieben zu gedenken.

Befreiungsfeiern der KPÖ:

Anlässlich der Wiederkehr des Jahrestages zur Befreiung Wiens wurden von der KPÖ am 12. und 13.4.1958 eine Reihe von Veranstaltungen abgehalten. Eine Abordnung des ZK. der KPÖ und der Wiener Stadtleitung hielt am 12.4.1958 eine Gedenkfeier am Denkmal für die Sowjetarmee auf dem Schwarzenbergplatz ab, während Delegationen der Betriebe und der Bezirke an beiden Tagen auf mehreren Wiener Friedhöfen Kränze an den Gräbern der gefallenen russischen Soldaten niederlegten.

KPÖ-Gewerkschaftliche Einheit:

In der Zeit vom 19. bis 23.2.1958 unternahm eine Delegation der Gewerkschaftlichen Einheit unter der Führung des bekannten kommunistischen Gewerkschaftsfunktionärs Fritz Neubaue r eine Studienreise durch die CSR. Angeblich

diente der Besuch insbesondere dem Studium von Massnahmen, die in der CSR. ergriffen werden, um den Bauarbeitern eine ununterbrochene Fortführung der Arbeiten auch im Winter zu ermöglichen.

Am 2.4.1958 fand im Globus-Gebäude eine Konferenz der Wiener kommunistischen Betriebsfunktionäre statt. Das Hauptreferat hielt NR. K o p l e n i g . Er nahm zunächst zur internationalen Lage Stellung, wobei er insbesondere auf die in einer Anzahl westlicher Staaten aufgetretenen Konjunkturrückschläge und ihre Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaft hinwies.

KPÖ-Kärnten:

Die KPÖ-Landesleitung Kärnten hielt am 16.3.1958 eine ordentliche Sitzung ab, an der auch Erwin S c h a r f vom ZK der KPÖ teilnahm.

Landessekretär K a l t befasste sich in seinem Referat mit dem Ergebnis der kürzlich abgehaltenen Gemeinderatswahlen in Kärnten, wobei er feststellte, dass die starken Verluste der KPÖ sowohl auf ideologische als auch auf organisatorische Gründe zurückzuführen seien. Wenn das Mandat im Kärntner Landtag nicht verloren gehen soll, müssten bis zu den nächsten Wahlen die verlorenen Stimmen zurückgewonnen werden.

Auch bei einer am 8.3.1958 abgehaltenen Sitzung der KPÖ-Bezirksleitung Villach wurde das Ergebnis der Gemeinderatswahlen eingehend erörtert. Die Funktionäre vertraten aber die Ansicht, dass die Ursache für den Misserfolg bei den Gemeinderatswahlen in einem Versagen der Organisation zu suchen ist.

(Anmerkung: Die gewohnte Taktik der Kommunisten, Rückschläge bzw. Misserfolge bei Wahlen einem Versagen der Organisation zuzuschreiben. Kein Funktionär hätte den Mut, die wahre Ursache aufzuzeigen, nämlich die mangelnde Zugkraft der marxistisch-leninistischen Ideologie).

Aus einem Ende März von der KPÖ-Bez. Leitung Villach herausgegebenen "Arbeitsplan für alle Parteiorganisationen" ist zu ersehen, dass die KPÖ dem Konflikt des ehem. SPÖ-NR. Paul T r u p p e mit seiner Partei höchste Bedeutung beimisst.

Die KPÖ hat auch beschlossen, die Vorfälle um Paul Truppe zu einer grossangelegten Propagandakampagne gegen die SPÖ auszunützen, wobei die KPÖ-Führung die Hoffnung hegt, die durch den "Fall Truppe" irritierten SPÖ-Mitglieder für ihre Partei zu gewinnen.

Der "Arbeitsplan" sieht auch vor, dass den SPÖ-Mitgliedern der Rat erteilt werden soll, lediglich aus der Partei, nicht aber aus dem ÖGB. auszutreten, damit sie Gelegenheit haben, in der Gewerkschaft gemeinsam mit den Kommunisten gegen die SPÖ-Führung zu kämpfen.

KPÖ-Oberösterreich:

Innerhalb der KPÖ von Oberösterreich haben sich die Verhältnisse insoferne konsolidiert, als eine weitere Abwanderung von Mitgliedern in letzter Zeit verhindert werden konnte. Die Bemühungen, die Mitglieder wieder zu einer gewissen Aktivität zu bewegen, sind allerdings erfolglos geblieben. Die Parteiarbeit beschränkt sich derzeit auf die Parteifunktionäre, deren Interesse an den Veranstaltungen der Partei aber auch nur sehr gering ist. Dieselbe Gleichgültigkeit ist in den Betriebsorganisationen feststellbar.

Auch die Pressewerbungsaktion ist in Oberösterreich als Fehlschlag zu bezeichnen. So ist es bis Ende März lediglich in Linz gelungen, 55 Leser neu zu werben.

Am 9.3.1958 fand in Linz eine Landeskonferenz der Betriebsräte und Vertrauensleute der Gewerkschaftlichen Einheit statt, an der NR. Johann K o p l e n i g und die ZK-Funktionäre Adolf M a y e r und Jakob R o s n e r teilnahmen.

In seinem Referat über aktuelle Probleme erklärte Koplénig abschliessend, dass die KPÖ nunmehr einen entschlossenen Kampf gegen die SPÖ-Führung führen werde, da diese heute nicht mehr das Recht habe, sich Vertreter einer Arbeiterpartei zu nennen. Diesbezügliche Beschlüsse sollen in der nächsten Plenarsitzung des ZK. gefasst werden.

KPÖ-Salzburg:

An einer am 23.3.1958 in Salzburg von der KPÖ-Landesleitung veranstalteten Betriebsarbeiter- und Funktionärskonferenz nahm Friedrich H e x m a n n vom ZK. teil. Es wurden Massnahmen erörtert, um die gewerkschaftliche Arbeit in Salzburg wieder in Bewegung zu bringen, weil verschiedene Symptome in jüngster Zeit das Schwinden des Einflusses der Kommunisten in den Betrieben erkennen liessen. Die Salzburger Landesleitung war diesbezüglich bereits mehrmals Gegenstand heftigster Kritik. Als besonders dringlich wurde die "Ankurbelung" der gewerkschaftlichen Arbeit bei den Eisenbahnern bezeichnet, die in Salzburg und in Schwarzach fast zum Erliegen gekommen sei. Bemerkenswert erscheint die Tatsache, dass von mehreren Teilnehmern die Praxis der Partei kritisiert wurde, immer wieder auf die Abfassung "papierener", im letzten Endzweck aber nutzloser Resolutionen zu dringen.

KPÖ-Steiermark:

Von der kommunistischen Presse wird das Ergebnis der Grazer Gemeinderatswahlen "als ein Schritt aufwärts" kommentiert. Wohl hat die KPÖ seit den Landtagswahlen im Vorjahr rund 1.100 Stimmen gewonnen, jedoch die Stimmenzahl der letzten Nationalratswahlen noch nicht wieder erreicht. Das Ziel der Partei soll jetzt darauf gerichtet sein, bis zu den nächsten NR-Wahlen den restlichen Stimmenverlust (rund 1500) aufzuholen.

Mit den Gemeinderatswahlen beschäftigt sich auch eine Mitte April abgehaltene Aktivistenbesprechung der KPÖ-Bezirksleitung Graz. Bei dieser Sitzung traten tiefgehende Meinungsverschiedenheiten zwischen der Bezirksleitung und einer Reihe von Funktionären zutage, die die Nominierung der Spitzenkandidaten als verfehlt bezeichneten. Der nunmehrige einzige Gemeinderat Ferdinand K o s m u s sei nicht in der Lage, sein Mandat richtig auszunützen, da er seinen Gegenspielern weder in rhetorischer noch in intellektueller Hinsicht gewachsen sein werde

FÖJ:

Am Kongress der Volksjugend Jugoslaviens vom 27. bis 29.1.1958 nahm als Vertreter der FÖJ das Bundesleitungsmitglied Walter O p f e r k u h teil.

Nach einer Meldung des ungarischen Rundfunks erklärte der Bundesobmann der FÖJ Walter W a c h s am 12.2.1958 anlässlich der Tagung des Exekutivausschusses des demokratischen Weltjugendbundes in Budapest, über die Pläne der Jugendorganisation befragt, dass die FÖJ die Abhaltung von Freundschaftstreffen in der Nähe der österreichisch-ungarischen Grenze beabsichtige. Diese sollen der Vertiefung der Beziehungen mit der Jugend der Nachbarländer dienen.

Anfangs April weilte eine 5-köpfige Studiendelegation der FÖJ über eine Woche in Ungarn. Zweck der Reise war, das Leben und die Probleme der ungarischen Jugend und ihres Jugendverbandes zu studieren. Die Delegation nahm auch an der Kundgebung am Befreiungstag, während der sowjetische Ministerpräsident C h r u s c h t s c h o w eine Rede hielt, teil. Über die Zusammensetzung der Delegation ist bisher nichts bekannt geworden.

Am 13. Kongress des Komsomols in Moskau nahm als Vertreter der Freien Österreichischen Jugend das Mitglied der Bundesleitung Erich B u b l e r teil.

Die FÖJ beabsichtigt auch heuer ein Internationales Sommerlager am Keutschachersee abzuhalten. Als erster Termin ist die Zeit vom 17. - 26. Juli 1958, als zweiter Termin der 27. - 3.8.1958 vorgesehen. Die Teilnehmer haben pro Person und Turnus einen Betrag von S 350.- zu entrichten.

Ausserdem wird in diesem Jahr erstmalig von der FÖJ in der Zeit vom 13.7. - 3.8.1958 ein Ferienlager in Bodental bei Windisch-Bleiberg errichtet werden. Dieses Lager ist hauptsächlich für die Unterbringung ausländischer Jugendgruppen bestimmt. Bisher haben ausser den volksdemokratischen Staaten auch Frankreich und Italien zugesagt, das Sommerlager der FÖJ mit Jugendgruppen zu beschicken.

FÖJ-Kärnten:

Die FÖJ, Landesleitung Kärnten, beabsichtigt mit 150 Jugendlichen eine Pfingstfahrt nach Pola zu veranstalten. Am Abend des 25.5. (Pfingstsonntag) ist im "Haus der Marine" in Pola ein offizielles Treffen mit der jugoslawischen Jugend vorgesehen. Am Pfingstmontag sollen Kranzniederlegungen am Denkmal der "Roten Armee" und am "Partisanendenkmal" stattfinden.

Eine endgültige Entscheidung wurde aber im Hinblick auf die anlässlich des Parteitages in Laibach zutage getretenen Differenzen zwischen der Sowjet-Union und Jugoslawien noch nicht getroffen.

Die FÖJ-Gruppe Klagenfurt zählte Mitte März 1958 55 Mitglieder, die FÖJ-Gruppe Villach 85 Mitglieder. Ein Vergleich zeigt, dass es der FÖJ-Gruppe Klagenfurt seit Abschluss des Mitgliederwettbewerbes am 7.12.1957 gelungen ist, in den letzten 3 1/2 Monaten 6 neue Mitglieder zu gewinnen.

FÖJ-Oberösterreich:

Bei der Landeskonferenz der FÖJ in Oberösterreich am 30.3.1958 traf der Landesleiter Stefan W i n k l e r in seinem Referat die Feststellung, dass fast alle Mitglieder der FÖJ nach ihrem Einrücken zum Bundesheer nur mehr wenig Interesse für die Organisation zeigen.

Bezüglich der Lage der FÖJ in Linz konnte in Erfahrung gebracht werden, dass die Organisation seit Monaten keinen Zugang mehr zu verzeichnen hat. Um überhaupt einen aktiven Mitgliederstand aufweisen zu können, werden die Mitglieder entgegen den Satzungen auch noch nach Erreichung des 20. Lebensjahres in der FÖJ behalten.

FÖJ-Vorarlberg:

Im letzten Monat konnte eine verstärkte Tätigkeit der FÖJ in Vorarlberg beobachtet werden. Am 6.3. und 20.3.1958 fanden in Bregenz Landesleitungssitzungen statt, wo am 8.3.1958 auch ein Gruppenabend abgehalten worden ist.

Bei der Landesleitungssitzung am 6.3.1958 wurde der Beschluss gefasst, eine Unterschriftensammlung gegen die Vorführung von Gangsterfilmen und gegen die Verbreitung von Schmutz- und Schundliteratur durchzuführen, die derzeit noch nicht abgeschlossen ist.

Die FÖJ in Vorarlberg ist derzeit bestrebt, über Interessengemeinschaften und gesellige Veranstaltungen mit einer breiteren Masse von Jugendlichen in Kontakt zu kommen, wobei diese Zusammentreffen dann dazu benützt werden sollen, die Jugendlichen langsam mit dem kommunistischen Gedankengut vertraut zu machen.

Die Bedeutungslosigkeit der FÖJ in Vorarlberg ist im übrigen daraus ersichtlich, dass die Organisation in diesem Bundesland nur ca. 40 bis 50 Mitglieder hat.

Bund demokratischer Frauen Österreichs:

Der Bund demokratischer Frauen nahm einige aktuelle Gelegenheiten zum Anlass von Protestaktionen. So sandte er im Zusammenhang mit der Bombardierung der tunesischen Ortschaft Sakied Sidi Jussef durch französische Flieger ein Protesttelegramm an den französischen Ministerpräsidenten.

Die Bluttat in Wien III., Rennweg, bei der ein Jugendlicher von einem anderen durch Fusstritte tödlich verletzt wurde, war Grund zu einer Flugzettellaktion des BdFÖ. am Tatort am 25.2.1958.

Am 26.2.1958 sprach eine Delegation des BdFÖ. im gleichen Zusammenhang im Bundesministerium für Unterricht und im Kulturamt der Stadt Wien vor und unterbreitete die Forderung nach Verbot der Gangsterfilme und Schundliteratur.

Am 28. und 29.3.1958 fand in Wien eine vom Bundesvorstand des BdFÖ einberufene Arbeitstagung statt. Diese Tagung diente der Vorbereitung des 4. Weltkongresses der IDFF und dem am 31.5. und 1.6.1958 im Wiener Konzerthaus stattfindenden gesamtösterreichischen Frauentreffen.

Aus den Referaten konnte entnommen werden, dass der Mitgliederstand des BdFÖ von 1956 trotz eines Mitgliederzuwachses in jüngster Zeit auf Grund der Austritte im Jahre 1957 noch nicht erreicht worden ist. Das bisherige Ergebnis

der "Kartenaktion" wurde von den anwesenden Funktionären als vollkommen unbefriedigend bezeichnet. Bis jetzt konnten in Österreich erst 1.236 "Atomkarten" abgesetzt werden, obwohl es sich der BdFÖ zum Ziele gesetzt hat, mindestens 20.000 Karten zu verkaufen. Weiters wurde bekanntgegeben, dass die bereits mehrfach angekündigte japanische Propagandistin (Näheres noch nicht bekannt) am 8.5.1958 in Wien eintreffen und sie bereits am 10.5.1958 mit ihren Vorträgen, verbunden mit der Vorführung des Filmes "Die Kinder von Hiroshima", beginnen wird. Es ist beabsichtigt, die Veranstaltung in 20 österreichischen Städten durchzuführen.

Anlässlich der Tagung wurden auch Massnahmen besprochen, um ein Verbot der Aufführung von Gangsterfilmen und der Verbreitung von Schmutz- und Schundliteratur erreichen zu können. Es wurde der Vorschlag gemacht, diesbezüglich mit den Elternvereinigungen und den Schulen sowie mit der Organisation "Kinderland-Junge Garde" Verbindung aufzunehmen und allenfalls Demonstrationen zu veranstalten. In diesem Zusammenhang ist auch daran gedacht, jene Kinos, in denen gerade ein Wildwestfilm läuft, zu besetzen, um die weitere Vorführung des Filmes zu verhindern.

BDF-Salzburg:

Als Vorbereitung für den 4. Weltkongress des IDFF veranstaltete die Landesorganisation des Bundes demokratischer Frauen in Salzburg vom 12. bis 13.4.1958 eine Wochenendschulung. Die Themen der Schulung lauteten: "Bewusster Leben heisst glücklicher leben" und "Was ist und was will der Bund demokratischer Frauen?".

Österreichischer Friedensrat:

Am 15. und 16.3.1958 fand in Wien eine Vorstandssitzung und Arbeitsbesprechung des Österreichischen Friedensrates statt. Nach Abschluss der Beratungen wurde eine Resolution verfasst, die sich mit der gegenwärtigen internationalen Lage befasst und der Besorgnis über die atomare Aufrüstung und die daraus resultierenden Gefahren Ausdruck gibt. Die gegenständliche Resolution wurde auch auszugsweise in der kommunistischen Presse veröffentlicht.

Bei der gleichen Tagung wurde beschlossen, die Arbeit des Österreichischen Friedensrates zu intensivieren, wobei folgender Weg eingeschlagen werden soll: Vorführung des Hiroshima-Filmes, Flugzettelaktionen, Intensivierung von persönlichen Kontakten. Den Universitäten soll auch der Beschluss der Frankfurter Studenten vom 27.1.1958 zur Kenntnis gebracht werden. Weiters soll versucht werden, mit dem Hinweis, dass Pastor N i e m ö l l e r Präsident des westdeutschen Friedensrates ist, in protestantischen und katholischen Kreisen Eingang zu finden.

Über Einladung des Österreichischen Friedensrates sprach der Würzburger Univ. Prof. Dozent Dr. S c h n e i d e r am 9.4. in Linz und am 10.4. in Wien über das Thema "Die Atomgefahr in Europa". Univ. Prof. Dr. S c h n e i d e r gehört jenem Kreis von Wissenschaftlern an, die sich in Westdeutschland zu einem "Arbeitsausschuss gegen den Atomtod" zusammengeschlossen haben.

Weiters veranstaltete der Österreichische Friedensrat am 17.4.1958 und 19.4.1958 in Salzburg bzw. in Wien einen Vortrags- und Filmabend, bei welchem der japanische Pastor Keni Shiro S u m i t a aus Tokio, Mitglied des japanischen Friedensrates, über die Atombombengefahr sprach und einen Film über Hiroshima und Nagasaki vorführte. S u m i t a erläuterte jeweils zunächst die Auswirkungen der Atomexplosionen in Hiroshima und Nagasaki. Er erklärte, dass sich alle Religionsgemeinschaften, aber auch alle Religionsfreien und Atheisten zusammenfinden müssten, um nicht nur einen neuen Krieg, sondern auch noch weitere Atombombenversuche zu verhindern. Die Atombombenversuche der Amerikaner auf dem Bikini-Atoll im Jahre 1954 hätten bei japanischen Fischern schwere Gesundheitsschäden hervorgerufen. Bei der in Stockholm stattfindenden Weltfriedenstagung müssen Beschlüsse gefasst werden, um solche Vorkommnisse in Zukunft zu verhindern.

Bei beiden Veranstaltungen sprach nach S u m i t a das Vorstandsmitglied des Wiener Friedensrates Pfarrer K o c k , der sich in seinen Ausführungen vor allem gegen die Aufrüstung in Westdeutschland und gegen die Errichtung von Raketenabschussbatterien wandte.

Für den 15.6. hat der Österreichische Friedensrat eine österreichische Konferenz "Gegen die Atom- und Raketengefahr" einberufen. Die Tagung wird voraussichtlich in den Sofiensälen, Wien 3., abgehalten; es werden ungefähr 2000 Teilnehmer aus allen Bundesländern erwartet. Angestrebt wird, möglichst viele Nichtkommunisten zu dieser Tagung nach Wien zu bringen.

Ausser der bereits angekündigten Internationalen Freundschaftsfahrt in der Zeit vom 19.8. - 8.9.1956 veranstaltet der Österreichische Friedensrat eine weitere Ferien- und Freundschaftsreise nach Moskau, die in der Zeit vom 31.5. bis 11.6.1958 durchgeführt werden soll. Der Gesamtpreis beträgt S 2.800.-

Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft:

Der Generalsekretär der Österreichisch-Sowjetischen Gesellschaft Grünberg erklärte bei einem Vortrag am 12.3.1958 in Wien, dass die Österreichisch-Sowjetische Gesellschaft an einem empfindlichen Mangel an Aktivisten leide. Grünberg wies auch darauf hin, dass man in Kreisen der Organisation zu der Erkenntnis gelangt sei, da reine Vorträge keinerlei Anklang finden, in Hinkunft auch Filme vorzuführen.

Einer vertraulichen Information zufolge wurde das Budget der Österr.-Sowjet.Gesellschaft im Zuge der vom ZK. der KPÖ verfügten Einsparungsmassnahmen neuerlich gekürzt. In einer aus diesem Grunde für 31.3.1958 anberaumten Sondersitzung der Wiener und niederösterreichischen Funktionäre der Österr.-Sowjet.Gesellschaft wurde beschlossen, ab sofort die Herausgabe der Zeitschrift "Die Brücke" einzustellen. Ab Mai soll auch das Informationszentrum in Stadlau (bisher das Paradestück der Österr.-Sowjet.Gesellschaft in Wien) geschlossen werden. Weiters ist beabsichtigt, in nächster Zeit alle Lesestuben der Österr.-Sowjet.Gesellschaft in Niederösterreich mit einer einzigen Ausnahme zu schliessen.

Die drastischen Budgetkürzungen der ÖSG. werden vom Sekretär der Österr.-Sowjet.Gesellschaft Martin Grünberg anlässlich einer Reise nach Moskau am 5.5.1958 zur Sprache gebracht werden.

Auch die Österr.-Sowjet.Gesellschaft veranstaltet in der Zeit vom 12.8. - 1.9.1958 eine Urlaubsfahrt in die Sowjet-Union. Der Preis beträgt S 3.650.- bis 3.850.- S. Kopfzerbrechen verursacht der Österr.-Sowjet.Gesellschaft die Tatsache, dass es ihr bisher nicht gelungen ist, eine genügende Anzahl von "Reiseleitern" zu finden.

KZ-Verband:

Am 26.1.1958 fand in Wien eine Landesdelegiertenkonferenz der niederösterreichischen Landesorganisation des KZ-Verbandes statt. Das Hauptreferat hielt der Obmann des Wiener KZ-Verbandes Dr. Soswinski über das Thema Wiedergutmachung.

Der Bundesverband hielt am 28.2.1958 in Wien eine Konferenz ab, die sich mit dem gleichen Thema beschäftigte.

Auch hier hielt Dr. Soswinski das Hauptreferat und wies darauf hin, dass ein entsprechendes Gesetz in Ausarbeitung sei; so dass eine verschiedentlich verlangte öffentliche Demonstration unzeitgemäss erscheine.

Am 11.3.1958 veranstaltete der KZ-Verband anlässlich des Jahrestages der Okkupation Österreichs eine Feier im Wiener Konzerthaus. Die Festrede hielt der Präsident des KZ-Verbandes Dr. Steiner.

Am gleichen Tage wurden, wie alljährlich beim Gedenkstein für die Gestapo-Opfer in Wien I., Morzinplatz, Kränze niedergelegt.

Weiters veranstaltete der KZ-Verband am 12.4.1958 im Gewerkschaftshaus Wien 4., Treitlstrasse 3, eine Befreiungsfeier, bei der Vizepräsident Otto Horn eine Ansprache hielt. Anschliessend wurde der Film: "Die Mörder sind unter uns" gezeigt.

Für den 12.5.1958 hat der KZ-Verband nach Wien eine medizinische Konferenz über das Thema "Die Spätfolge der Gesundheitsschädigung durch Inhaftierung und Verfolgung" einberufen. Eingeladen sind hiezu Amtsärzte, Rechtsanwälte usw. Bekannte ausländische kommunistische Ärzte, die via FIR eingeladen werden, sollen ebenfalls daran teilnehmen.

Der Hintergedanke bei dieser Konferenz dürfte wohl auch ein gewisser Druck in der Frage der Wiedergutmachung sein.

14.5.1958